Der oberschlesische Wanderer

Nr. 291
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Montag, den 17. Dezember 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 12 Goldpfennig, für poln. Oberschl. 50000 poln. Mk.

Heute: Sport in Oberschlesien

Aelteste, [illegible]ste Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Zeit vom 17.—29. Dezember in Deutsch-Oberschlesien 1,20 GM. Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM. In Poln.-Oberschlesien 600000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. Amtliche, Finanz- und Heilmittelanz. im Industriebez. 0,20 GM, amtl. Anz. auswärts 0,30 GM. In Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen die mm-Zeile 20000 poln. Mk., für Ortsanz. 16000 poln. Mk. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 0,10 GM, Beilagengebühr 2,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Deutschlands Aufforderung an die Entente

Cb. Berlin, 17. Dezember. (Eig. Bericht). Wie Montag früh gemeldet wird, ist am Sonnabend außer in Paris auch in sämtlichen alliierten Hauptstädten ein deutsches Memorandum überreicht worden mit dem dringenden Ersuchen, zur Abwendung der deutschen Zahlungseinstellung die Reparations- und die Ruhrfrage neu zu regeln.

Cb. Genf, 17. Dezember. (Eig. Ber.) Der Temps meldet: Der französische Ministerrat nahm Dienstag in einer seiner Sondersitzungen zu dem deutschen Schriftsatz Stellung. Es ist in Aussicht genommen, daß Poincaré am Montag dem deutschen Botschaftsrat eine vorläufige Antwort erteilen wird. Von einer Zusammenkunft der alliierten Staatsmänner zu sprechen, ist verfrüht.

Cb. Genf, 17. Dezbr. (Eig. Ber.) Der Mailänder Corriere della Sera meldet aus Rom: Der deutsche Botschafter war am Sonnabend im Quirinal. Er hat eine schriftliche Darlegung Deutschlands überreicht, die die Frage der Reparationen, der Ruhrbesetzung und die Gefahr eines finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands betrifft. Der Besuch des Botschafters dauerte über eine Stunde.

TU. Brüssel, 16. Dezbr. Der deutsche Geschäftsträger hat dem Außenminister Jaspar heute früh die schriftliche Erklärung überreicht. Am Montag nachmittag findet ein Kabinettsrat statt, der die Erklärung der deutschen Regierung einer Prüfung unterziehen wird. Als Grundlage für die belgische Antwort an Deutschland wird der in Brüssel eingetroffene Antwortentwurf Poincarés dienen.

Amerikas Geschäftspolitik

Von einem Auslands-Mitarbeiter wird dem Wanderer geschrieben:

R. Rotterdam, 16. Dezember.

Die amerikanische Politik scheint sich etwas zu ändern, nachdem sie jahrelang eine abwartende Haltung einnahm. Immer und zu jeder Zeit verkündeten die amerikanischen Politiker, sie bedauerten herzlich das unreife Europa, aber die amerikanische Hilfe sei erst dann zu erwarten, wenn Europa sich geeinigt haben würde. Daß die offizielle amerikanische Politik in den Weltkrieg eingriff, war eine Niederlage der Zentralen und damit den Verlust der ihr geborgten Kapitalien zu verhindern, hat der Admiral Sims oft genug wiederholt. Nicht aus Sympathie [illegible] sondern auch ganz nüchterner Berechnung führte es nach dem Kriege dazu, die Sätze der vierzehn Punkte und den Bruch des Friedensvertrags als nützlich und notwendig hinzustellen. Immer wieder hat die offizielle amerikanische Politik sich bemüht, moralisch sich zu gebärden und gleichzeitig den amerikanischen Isolationismus zu stärken. Man hat offiziell nicht den Versailler Frieden beurteilt, ist ihm aber nicht beigetreten. Dagegen hat man im deutsch-amerikanischen Separatfrieden Deutschlands Schuldbekenntnis glatt übernommen. Man hat drüben gegen den Völkerbund Konkurrenzunternehmungen ins Leben rufen wollen und durch diese Nichtbeteiligung erst recht die Unrechtigkeit der Völkerbundsentscheidungen möglich gemacht. Man hat drüben eine Abrüstungskonferenz von Frankreich sabotieren lassen, aber gleichzeitig die amerikanische Flotte zur stärksten der Welt gemacht und einen Militarismus aufgerichtet, der nur im französischen ein Gegenstück findet. Der Amerikaner sah immer im Franzosen den Unschuldigen, durch einen schnöden Ueberfall verbitterten, im Deutschen den Intriganten und Bösewicht und in Uncle Sam den Tugendbold und Moralprediger des Weltheaterstückes, dem im Kriege das Gold Europas in den Schoß fiel für Munitionslieferungen an unsere Feinde, und der sich so bereicherte, daß er ganz Europa hätte kaufen können. Er hat ruhig zugesehen, wie Deutschland und Deutschösterreich litten, wie Frankreich an Rhein und Ruhr Greuel beging, die Aehnlichkeit mit denen der Belgier im Congo haben, aber das Weltgewissen, diese patentierte amerikanische Erfindung, regte sich nicht.

Der amerikanische Ausbund aller demokratischen Gerechtigkeit hat mit ihr ein gutes Geschäft gemacht, aber dieses Geschäft ist in Gefahr. Das russische Getreide dringt wieder auf den europäischen Märkten vor. Eingestandenermaßen hat nur diese Ursache die Regierung Coolidges dazu gedrängt, die Abwartepolitik gegenüber Europa aufzugeben. Verhandlungen über einen Lebensmittelkredit für Deutschland sind aussichtsreich, weil jetzt der Abfluß der Ueberproduktion nach Europa geradezu ein Lebensinteresse Amerikas ist. Coolidge hat sich ferner bereit erklärt, eine nicht amtliche, aber immerhin aktivere, Beteiligung an der Lösung des Reparationsproblems zuzusagen, und zwar will sich Amerika im Untersuchungsausschuß vertreten lassen. Nichts ist bezeichnender für den geschäftlichen Sinn der Amerikaner, als daß die deutsche Lebensmittelanleihe die Priorität vor allen anderen Reparationsansprüchen haben soll. Unzweifelhaft werden die Amerikaner in diesem Punkte durchdringen.

Das amerikanische Vorgehen, aus welchen Motiven auch immer es erwachsen sein mag, bringt etwas Ordnung in das Chaos der Reparationsfrage. Das deutsche Interesse deckt sich mit dem amerikanischen. Daß aber hier keine amerikanische Barmherzigkeit, sondern lediglich gesunder Kommerzialismus vorliegt, muß besonders betont werden, da gerade der Deutsche Moral und Gewissen in der Politik und im Geschäft sucht. Das Ausland spricht von Moral und meint Geschäft und der Amerikaner ist unter diesen Tüchtigen der Gewandteste.

Lloyd George und Arbeiterpartei

Cb. Rotterdam, 17. Dezember. (Privat.) „Daily Telegraph" veröffentlicht einen Artikel über den Wahlausgang. In ihm schreibt Lloyd George, er würde den Eintritt in ein Koalitions-Kabinett Baldwin ablehnen, den Eintritt in ein Kabinett der Arbeiterpartei aber zugestehen. Er habe zu einer Regierung der Arbeiterpartei das Vertrauen, daß sie eine weitere Verdrängung des englischen Einflusses vom Festland nicht zulassen würde und daß sie im Interesse des Wiederaufbaues Europas nicht länger reden, sondern handeln würde.

Kein Verzicht Frankreichs

Cb. Genf, 17. Dezember. (Eig. Bericht.) Der „Matin" meldet: Der deutsche Annäherungsschritt hat in französischen Regierungskreisen ernste Beachtung und keine unbedingte Zurückweisung gefunden. Er kann aber Frankreich nicht zum Verzicht auf diejenigen Vorbedingungen bringen, deren Erfüllung jeder Verständigung mit Deutschland vorausgehen müßte.

TU. Rom, 17. Dez. Zu der französischen Deutschen Sonderverhandlungen bemerkt die „Tribuna Nazionale", daß die kürzlich unschlüssige englische Politik, der amerikanische Platonismus, die Reichskrise und die Notwendigkeit die Staats-Autorität gegenüber den Verträgen der Groß-Industriellen mit der Micum zu wahren, diese Verhandlungen herbeigeführt hätte. Italien sei durch Sondervertrag berechtigt, bei französisch-deutschen Sonderverhandlungen vertreten zu sein. Auch andere Blätter geben ihrer Besorgnis über die Sonderverhandlungen Ausdruck.

TU. Paris, 16. Dez. Die französische Regierung hat heute abend 8 Uhr die Antwort an Herrn von Hoesch auf die gestern erfolgte Mitteilung überreichen lassen. Das französische Dokument hat folgenden zusammengefaßten Inhalt:

Nachdem der passive Widerstand im Ruhrgebiet scheinbar aufgehört hat erklärt Herr Poincaré, daß er stets bereit sein wird, mit dem offiziellen Vertreter der deutschen Regierung über sämtliche Fragen, mit denen diese Regierung ihn zu befassen wünsche, verhandeln. Was die Reparationen anbelangt, so wird die französische Regierung nicht zugeben, daß die Kraft des Versailler Vertrages gegründete Reparations-Kommission abgesetzt wird und daß irgend eine Begründung, die streng mit diesem Vertrage übereinstimmt, in Erwägung gezogen wird. Die Reparations-Kommission wird daher mit sämtlich ihr übertragenen Machtbefugnissen in Funktion bleiben, ohne daß ihre Rechte gegenüber Deutschland verringert werden können. Hinsichtlich der Frage des Rheinlandes und der Ruhr bleibt die französische Regierung auf dem Standpunkt, den sie wiederholt dargelegt hat. Sie kann weder in eine Absetzung der franko-belgischen Behörden im Ruhrgebiet, noch in diejenige der Interalliierten Rheinland-Kommission in den anderen besetzten Gebieten einwilligen. Die französische Regierung erklärt sich bereit auf sämtliche Verhandlungen einzugehen, die auf die Abschlüsse mit den Industriellen, auf die Wiedererrichtung des Wirtschaftslebens sowie schließlich auf administrative Fragen Bezug nehmen, wobei die französische Reigerung natürlich das absolute Recht behält, der Rückkehr ausgewiesener Personen nur nach Prüfung eines jeden Einzelfalls zuzustimmen. Herr Poincaré stellt zum Schlusse fest, daß die Interalliierte Kontroll-Kommission, noch immer ihre regelmäßige Tätigkeit nicht hat aufnehmen können und er erklärt, daß, solange diese Tätigkeit nicht wieder begonnen ist, Deutschland nicht behaupten könne, daß es in loyaler Weise den Versailler Vertrag ausführe.

Bündnis-Politik

Zum Königsbesuch in Paris.

X Zürich, 16. Dezember.

Der Besuch des Königs Alexander von Jugoslawien findet in der Oeffentlichkeit, besonders, soweit London in Frage kommt, eine starke Beachtung. Die Bestrebungen Frankreichs, die Staaten der Kleinen Entente zu unbedingter militärischer Hilfeleistung auf dem Wege einer weitgehenden Militärkonvention heranzuziehen, sind bekannt. Polen hat sich bereits Frankreich gegenüber gebunden. Der jüngst erfolgte Besuch Masaryks in Prag galt der Vorbereitung eines ähnlichen Abkommens mit der Tschechoslowakei, auf deren Hilfeleistung Frankreich schon angesichts der geographischen Lage dieses Staates [illegible] rechnen muß. Paris hat, soviel scheint heute festzustehen, Tschechien gegenüber seine Wünsche nicht unbedingt durchdrücken können. Bleibt also nur noch Südslawien und Rumänien. Rumänien scheidet seiner Entlegenheit wegen sowie mehr noch infolge der schweren innerpolitischen Krisen, in denen sich das Land befindet, vorläufig für ernstere Abmachungen aus. Die Heranziehung Südslawiens liegt aber näher. Zunächst einmal steht Südslawien in scharfem Gegensatz zu Italien. Der Königsbesuch in Paris steht offensichtlich in engstem Zusammenhange mit dem kürzlich erfolgten Königsbesuch in Rom. Da das italienisch-spanische Uebereinkommen seine Spitze gegen Frankreich richtet, hat Paris großes Interesse daran, Italien an der Adriafront zu binden. Serbien seinerseits trägt sich wieder mit Plänen eines engeren Anschlusses an Griechenland. Der Ausgang nach Saloniki ist für Frankreich wie für Serbien wesentlich, wenn die Adria durch Italien geschlossen wird.

Daß Frankreich Südslawien bedeutende Rüstungskredite zur Verfügung gestellt hat, ist bekannt. Eine Schwierigkeit dürfte für Südslawien, ebenso übrigens wie für alle anderen Staaten der Kleinen Entente, darin bestehen, daß Südslawien es nicht vermocht hat, die drei Völkerschaften, die in diesem Reiche vereinigt sind, zu einheitlichem Willen zusammen zu bringen. Haben doch die Kroaten mehrfach mit aller Deutlichkeit erklärt, daß sie Waffenhilfe im Dienste Frankreichs offen verweigern würden. Ja sie haben sogar ihre Sympathie für Deutschland betont. Da außerdem noch Bulgarien, das sich in Gegnerschaft zu Serbien und Griechenland befindet, zu Rumänien jedoch leidliche Beziehungen unterhält, in Rechnung zu stellen ist, so handelt es sich um ein außerordentlich verwickeltes Problem, das zur Zeit in Paris zur Erörterung gestellt werden dürfte. —

Verlängerung der Arbeitszeit

in der oberschlesischen Hütten-Industrie

TU. Beuthen, 16. Dezbr. Wie die oberschlesische Hüttenindustrie erklärt, ist auch für sie eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht mehr zu vermeiden. Die Verhandlungen, die bisher in der oberschlesischen Hüttenindustrie mit den Gewerkschaften gepflogen wurden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Damit die Werke aber trotzdem in der Lage sind, mit dem 1. Januar nächsten Jahres eine Umstellung ihrer Betriebe vornehmen zu können, werden am Montag auf den Werken Anschläge erscheinen, in denen auf die Absicht der Werke hingewiesen wird, die bestehenden Arbeitsbedingungen zu kündigen. Die Gewerkschaften wollen gegen diese Pläne der Arbeitgeber Front machen.

Verdreifachung der Steuerlast

(:) Berlin, 17. Dezbr. (Privat.) Die neuen Notverordnungen über die Steuererhebungen sollen bald veröffentlicht werden. Soweit aus gut unterrichteter Quelle Informationen vorliegen, bringen die Steuernotverordnungen im allgemeinen die Verdreifachung der bisherigen Steuereinahmen des Reiches.

Ein dreijähriges Moratorium

R. Rotterdam, 17. Dezember. (Privat.) Die „Times" melden: Die Vorerörterungen der alliierten Regierungen über ein an Deutschland zu gewährendes Moratorium sind in ein für Deutschland günstiges Stadium getreten. Die prinzipielle Zustimmung aller vier beteiligten Staaten liegt vor. Die Reparationskommission steht nach dem Abschluß der Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit vor entscheidenden Beschlüssen. Hinsichtlich der Vorbehalte Frankreichs wird es Aufgabe des kommenden englischen Kabinetts sein, die schnelle Durchführung des Moratoriums herbeizuführen.

Einreiseverbot für deutsche Genossen

(:) Genf, 17. Dezbr. (Privat.) Der Humanité zufolge verbot der Minister des Innern die Einreise deutscher Genossen zum Kongreß der sozialistischen Partei, der vom 27. Januar bis 3. Februar in Marseille stattfindet.

Kampfstellung der Beamten

Cb. Berlin, 17. Dezember. (Eigener Bericht). Für den Fall eines Beamtenstreiks liegen seit gestern Beschlüsse der Solidarität durch die Groß-Berliner Betriebsräte vor. In den Berliner Eisenbahnwerkstätten verweigerten gestern die Hilfsbeamten die Annahme der zum 1. Februar ausgesprochenen Kündigungen.

Preußischer Landtag

Berlin, 17. Dezember.

Der preußische Landtag beschäftigte sich am Sonnabend zunächst mit einer Reihe von Notverordnungen, die der ständige Ausschuß ohne Mitwirkung des Plenums beschlossen hatte und denen das Staatsministerium die Zustimmung erteilt, so daß sie gesetzliche Geltung haben.

Die viel umstrittene Grundvermögenssteuer wurde auf Antrag d. Campes (Dt. Vp.) von der Tagesordnung abgesetzt, unbegreiflicherweise ohne daß sich Widerspruch erhob. Eine ausführliche Aussprache gab es dann zu der Novelle zur Gewerbesteuer. Der deutschnationale Abgeordnete Mendel lehnte sie glattweg ab, bekämpfte insbesondere das den Genossenschaften und Konsumvereinen eingeräumte Sonderrecht und bezeichnete die Erledigung durch den Ausschuß als verfassungswidrig.

Der Zentrumsabgeordnete Kölges schloß sich dem an, erklärte jedoch, daß unter dem harten Druck der Zwangslage die Mehrheit seiner Fraktion für die Verordnung gewesen sei.

Der Abg. Grunemann (Dt. Vp.) sprach seine Zustimmung aus und der Demokrat Höpker-Aschoff trat für Begrenzung der Zuschläge zur Gewerbesteuer ein. In der Abstimmung wurde schließlich die Verordnung mit 127 gegen 110 Stimmen genehmigt, ebenso eine Reihe weiterer Notverordnungen über Besteuerung des Hausiergewerbes usw., ferner die Abänderung des Lehrerdiensteinkommengesetzes. Beim Beamtenbesoldungsgesetz gab es wiederum eine ausführliche Aussprache, bei der insbesondere die